

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbedlatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tageblatt Riefa,  
Fremde Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Strohlasse:  
Riefa Nr. 52.

Nr. 213.

Sonnabend, 10. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühren (ohne Zustellgebühren). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jeitragender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Innerpolitische Klärung zunächst auf Dienstag verschoben. Hindenburg empfängt die Parteiführer.

### Novemberwind über Deutschland.

Trotz Auflösung Regierungstendenz: nachgebend.

Je mehr wir uns dem Tage nähern, an dem Reichskanzler von Papen mit der roten Altkempe unter dem Arm die Parlamentstribüne betreten wird, um dem Reichstag seine Auflösung zu verkündigen, um so härter schwillt die Kaufkraft der politisch-parlamentarischen Opposition an. Man sucht überall seine Stellung zu befestigen, um für den Wahlkampf gerüstet zu sein. Nachdem die Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP. wochenlang nur hinter den Kulissen geführt wurden, suchen jetzt beide Parteien bewußt das Scheinwerferlicht der Kampe. Dabei treten die staatsrechtlichen Bedenken, mit denen man früher operierte, immer mehr zurück. Man verlegt das ganze Schwerkraft der Kritik auf das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Und auch die Verordnungen spielen wenigstens äußerlich nicht mehr die frühere Rolle. Die sachlichen Bedenken gegenüber dem Anfordungsmechanismus der letzten Notverordnung haben sich so vertieft, daß man jetzt wirklich auf einer sehr erhitzen zu nehmenden Ebene gegen die Regierung operieren kann. Auch der Wahlkampf wird von hier seine eigentliche Stoßkraft erhalten. Er wird schwer werden, weil auf beiden Seiten mit guten Gründen gestritten werden kann.

Die äußeren Vorgänge sind für diese innere Umstellung und Entwicklung symptomatisch. Nach Adolf Hitler hat nun auch die Zentrumsfraktion in einer längeren Erklärung an die Presse ihre grundsätzlichen Einwände gegen das Papenprogramm formuliert. Auch die Aussprache im Reichstag wird sich ganz in dieser Richtung bewegen. Der vierstündigen Verhandlung des Reichstagspräsidenten Göring durch den Reichspräsidenten ist dem gegenüber zu einer Bogenlinie herabgelungen. Angriff und Verteidigung werden von jetzt ab nur in größerem Rahmen geführt. Aber alles wird an der Tatsache nicht ändern können, daß Reichskanzler von Papen mit seiner Beurteilung der politischen Lage durchgerechnet ist und Anfang oder spätestens Mitte der kommenden Woche die Reichstagsauflösung erfolgt. Es weht bereits Novemberwind über Deutschland, da bis spätestens 13. November der neue Reichstag gewählt werden muß. Von neuem drohen bewegte Wochen, mit Ueberforderungen und plötzlichen Vorstößen, deren Charakter man sich nur ahnen darf.

Wie wird die Regierung diesen Sturm überstehen? Es ist nicht uninteressant, sich diese Frage nach dem bisherigen Verhalten des Kanzlers und seiner Minister zu beantworten. Danach ist zwar äußerlich mit einem sehr energischen „Regieren von oben herab“ zu rechnen. Man wird also in der Durchführung des vorgenommenen Programms keinesfalls eine Pause eintreten lassen. Man wird Schlag auf Schlag mit neuen Reformen herauskommen und wahrscheinlich auch durch Änderungen des bisherigen Wahlmodus schief in das Personal- und Stimmengeschehen der Reichswahlen einwirken. Darüber hinaus wird aber die Regierung in sachlichen Fragen kaum sehr abweichend sein. Wenn nicht alles täuscht, beabsichtigt man keineswegs besonders die Praxen zur Arbeitnehmerschaft und zu den großen Wirtschaftsverbänden abzurufen. Man wird vielmehr die überall ankundete Kritik bei den Durchführungsverordnungen zur Notverordnung nach Möglichkeit zu berücksichtigen suchen, in der klaren Erkenntnis, daß nur auf diesem Wege Gefahrenmomente überwinden und zugleich den Parteien das Wasser von der Mühle ihrer Wahlpropaganda abgezogen werden kann.

Die Regierungstendenz der nächsten Zeit scheint demnach trotz aller Aktivität und bewußt gesetzter Energie durchaus „nachgebend“ zu werden. In welchem Sinne, zeigen die letzten Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Gewerkschaften. Als man sich völlig auseinandergesetzt hatte und die Forderung der Regierung gegenüber den Forderungen von fast 70 Prozent des deutschen Volkes klar wurde, zog man sich regierungsseitig sehr überlegt und klug auf weniger umfängliche Ausnahmspositionen zurück. Der Reichsarbeitsminister gab zunächst die Erklärung ab, daß er ganz genau wie sein Vorgänger Dr. Stegerwald von den uneingeschränkten Ermächtigungen erst nach Zustimmung mit Arbeitgebern, Arbeitgeberverbänden und Gemeinden Gebrauch machen würde. Er regte dann die Bildung einer Gewerkschaftskommission an, die fortlaufend an den weiteren Vorarbeiten für neue Notverordnungen beteiligt werden soll. Die Regierung zeigte sich damit so loyal, wie es ihre schärfsten Opponenten eigentlich nicht erwartet hatten. Freilich bleibt die Frage, ob dieses Nachgeben lediglich taktischen Erwägungen entspringt oder ob sich darin etwas von jener überparteilichen Auffassung verriet, wie sie von den Mitgliedern des Präsidialkabinetts immer als ihr Leitstern hingestellt wird.

Man sieht an diesen kleinen Zügen, daß die Regierung von sich aus die Wege zu einer zukünftigen Zusammenarbeit auch mit den jetzigen Oppositionsparteien nicht verbieten will. Sie will nichts so heiß kochen, daß es nicht gegessen

### Wird aufgelöst — wird vorläufig vertagt?

Abg. Berlin. Am Freitag abend fand im Reichstag noch eine Besprechung zwischen Abgeordneten des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialisten statt, in der zu dem Ausgang des Empfanges beim Reichspräsidenten Stellung genommen wurde. An der Besprechung nahmen von nationalsozialistischer Seite die Abgeordneten Dr. Fried und Dr. Goebbels, vom Zentrum die Abg. Esser, Dr. Perltius, Joos, Dr. Desauer, Dr. Stegerwald und Dr. Well, von der Bayerischen Volkspartei Abg. Rauch teil. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. erzählt, wurde in dieser Besprechung bekannt, daß Reichspräsident v. Hindenburg in Vertolg der Anregungen des Reichstags-Präsidenten für Dienstag und Mittwoch mittag die Vertreter der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zu sich gebeten hat. Unter diesen Umständen soll die Aussprache über die Regierungs-Erklärung im Reichstag erst am Mittwoch nachmittag beginnen. An dem Termin der Regierungs-Erklärung ändert sich nichts; der Dienstag bleibt Plenarsitzungstags. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den drei Parteien werden ebenfalls in den nächsten Tagen fortgesetzt. In Kreisen der beteiligten Parteien sieht man der weiteren Entwicklung zuversichtlich entgegen und glaubt, daß der Weg zum Reichspräsidenten nicht vergeblich gewesen sei.

### Eine deutschnationale Darstellung des Empfanges.

Abg. Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion setzte am Freitag ihre Verhandlungen mit der Erörterung von Fragen der Verfassung und der Reichsreform fort. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Veröffentlichungen über den Besuch des Reichstags-Präsidenten beim Reichspräsidenten gab die Fraktion den Bericht bekannt, den der deutschnationale Vizepräsident Graef in der Fraktions-Sitzung über den Empfang ertrotet hat. Danach hielt nach der Vorlesung des Präsidiums der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichstag eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit sei, daß der Reichstag sich nicht ausschalten lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerüchte, daß der Reichspräsident diese Ausschaltung beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstags, dies zum Ausdruck zu bringen. Der deutschnationale Vizepräsident Graef widersprach diesen Behauptungen Görings auf das Schärfste. Er führte aus, daß das Reichstags-Präsidium nicht beauftragt sei, dem Staatspräsidenten politische Vorschläge zu machen oder gar Ratsschläge zu erteilen. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft und überdies in seiner Meinungsbildung absolut nicht einseitlich. Graef betonte, daß die Einberufung eines wirklich von den Parteien unabhängigen Kabinetts ein Fortschritt sei, demgegenüber der Rückfall in den Parlamentarismus und in das Koalitionsspiel, wie es die Nationalsozialisten und das Zentrum erträben, einen absoluten Rückschritt bedeuten würde. Darüber sei sich der größte Teil des Volkes einmütig weiter einig. Die Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf die Stetigkeit der politischen Entwicklung und auf die Autorität des Staatsoberhauptes verbiete es, einen Kurswechsel in der Regierungsführung vorzunehmen, selbst für diejenigen, die nicht mit allen Maßnahmen des Kabinetts Papen im Reich und in Preußen einverstanden seien.

### Die nationalsozialistische Korrespondenz über den Empfang des Reichstagspräsidenten.

(München. Zum Besuch des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten schreibt die nationalsozial. Korrespondenz: Welche Entscheidungen der Reichspräsident auch treffen möge, die NSDAP. habe in den letzten Tagen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie jedenfalls entschlossen sei, mit dem Volke und für das Volk zu kämpfen. Dieser Kampf werde von der nationalsozialistischen Bewegung mit einer Leidenschaft, Erbitterung und Zähigkeit geführt werden, die nur derjenige aufbringen könne, auf dessen Seite nicht nur das Volk, sondern auch das geschriebene und ungeschriebene Recht der Nation sei. Im besonderen wird die Rolle, die der deutschnationale Vizepräsident Graef bei diesem Besuch, dem ein sekundärer beschlußmäßiger Auftrag des Reichstages zugrunde lag, gespielt hat, kritisiert und angenommen,

werden kann. Diese geschmeidige Art des politischen Verhaltens wird in der eigentlichen Wahlkampfzeit von dem Geiste der Propaganda haben und drüber verdeckt werden. Man muß sie aber trotzdem in Rechnung stellen, weil sie Aussichts auf die zukünftigen Wege der deutschen Politik nach dem Wahlkampf und nach der Neuwahl gestattet.

daß der Reichstag selbst Gelegenheit nehmen werde, dem Verhalten des Abg. Graef vor dem ganzen deutschen Volke „die richtige Antwort“ zu erteilen.

### Berliner Blätter.

\* Berlin. In den Berliner Abendblättern kommt allgemein zum Ausdruck, daß sich trotz der getriggen gemeinsamen Mitteilung der Nationalsozialisten und des Zentrums, sowie der Ausführungen des Abgeordneten Joos nach dem Empfang des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten an der bisherigen Lage nichts geändert habe.

Der nationalsozialistische „Angriff“ verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß die NSDAP. heute vielleicht nicht mehr abgeneigt sei, das anzunehmen, was sie am 13. August ausgeprochen habe. Eine „Notlösung“, die die Auflösung des Reichstages vermeiden könnte, wäre für die NSDAP. nur insoweit tragbar, als ihr dabei das gegeben werde, was ihr auf Grund der Verfassung zukomme, und was das Volk mit Recht fordern könne. Falls in dieser Richtung noch ausstehende Verhandlungen von der Gegenseite angeboten werden könnten, würde „eine gewisse Verlangsamung der Abwicklung der Verhandlungen im Reichstag möglich sein“. Das Blatt bringt im übrigen einen scharfen Artikel des Abgeordneten Goebbels gegen die Regierung v. Papen, in der es am Schluß heißt: „Niemand wird uns in den Verdacht nehmen, daß wir Schlepenträger des Marxismus sind. Aber das getehen wir offen, daß es uns laudender erscheint, mit der SPD. zu kämpfen, die wenigstens so ehrlich gewesen war, offen zu sagen, daß sie uns hätte und verabsicherte und auch dementsprechend handelte.“

Der sozialdemokratische „Abend“ glaubt aus der Faltung der Nationalsozialisten schließen zu sollen, daß um eines Erfolges der Verhandlungen mit dem Zentrum willen die nationalsozialistische Führung auch eine weitere Tolerierung der Regierung Papen auf sich nehmen würde. Der „Totalanzeiger“ meint, wenn Nationalsozialisten und Zentrum sich eine Frist für weitere Verhandlungen untereinander und für den Versuch eines neuen Vortruges beim Reichspräsidenten schaffen wollten, dann würde das zunächst die Vertagung des Reichstages auf vielleicht unbefristet Zeit, praktisch aber eine Bildung des Kabinetts von Papen durch den Reichstag für die Dauer der Vertagung bedeuten.

Die „D.Z.“ meint dagegen, in offiziellen Kreisen herrsche genau wie in den letzten Tagen abfolgt die Meinung vor, daß nur noch die Reichstagsauflösung übrig bleibe. Neue Berechnungen mit der NSDAP. seien durch die Mündener Dillrede unmöglich geworden. Ebenfalls glaubt die „Völkische Zeitung“, daß die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, so wenig wünschenswert sie auch seien, nicht werden vermieden werden können.

Die „Berliner Börsenzeitung“ führt ein Gerücht, wonach im Falle einer längeren Reichstagsvertagung sehr bald mit einem dem Wunsche der Nationalsozialisten entsprechenden Kanzlerwechsel zu rechnen sei, auf den Wunsch des Zentrums zurück, die Nationalsozialisten für eine Vertagung und somit für weitere Verhandlungen zu gewinnen. Das Gerücht entbehre jedoch jeglicher Grundlage.

### Rücktritt des Reichsernährungsministers gefordert

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete K. S. r. n. er, Mitglied der Sächsischen Landwirtschaftskammer, hat an den Reichsernährungsminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Viele tausende bitter notleidende sächsische Bauern haben mit Schrecken von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen Kenntnis genommen und darin vergeblich direkte und sofortige Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft gesucht. Sicherlich sind Sie mit Ihren Wünschen für die Landwirtschaft den andern Kabinettsmitgliedern gegenüber nicht durchgedrungen. Das sächsische Bauernum fordert von Ihnen, daß Sie als Protest gegen diese neuerliche Uebergehung der Landwirtschaft Ihr Amt als Reichsernährungsminister sofort niederlegen und mit uns zusammen weiter für die Anerkennung der landwirtschaftlichen Belange kämpfen.“

### Die Grüne Front beim Kanzler

Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler Freitagmittag eine längere Besprechung mit den Vertretern der Grünen Front gehabt. Auf Seiten der Grünen Front waren u. a. die Herren Brandes, Febr und Dr. Hermes daran beteiligt.